

FDP Adliswil

Berichterstattung Gemeinderatssitzung vom 6. November 2002

Sanierung Schulhaus Kronenwiese

Das Schulhaus Kronenwiese ist 1947/1948 erstellt worden und seit einiger Zeit in einem nicht mehr zeitgemässen Zustand. Darüber war sich der Gemeinderat einig. Eine Mehrheit hat in der Folge dem Antrag der Schulpflege zur Renovation des Schulhauses Kronenwiese für einen Gesamtbetrag von Fr. 7'750'000.-- zugestimmt.

Markus Sommer führte als Sprecher einer Minderheit der RGPK aus, dass die FDP klar gegen dieses Vorgehen ist. Seit vier Jahren wurde nun an diesem Objekt geplant. Der Raumbedarf am Standort Kronenwiese wurde bereits im Dezember 1999 ein erstes Mal ermittelt. Die Bedürfnisse der Schule haben sich seither jedoch massgebend verändert. Es liegen enorme zusätzliche Raumbedürfnisse u.a. aus der Volksschulreorm auf dem Tisch. Für die FDP ist es unbegreiflich, dass man diese zukünftigen Bedürfnisse in die Überlegungen rund um das Schulhaus Kronenwiese nicht miteinbezogen hat, zumal das Grundstück massiv unternutzt ist und Raum für kreative, zukunftsgerichtete Lösungen sowohl der Schule aber auch weiterer öffentlicher Anliegen geboten hätte. Hier wurde zu wenig sorgfältig geplant. Es fehlt der übergeordnete Zusammenhang und die Vernetzung der vielfältigen Anliegen.

Harald Huber ergänzte, dass die FDP bereits 2001 im Zusammenhang mit der Miete von Räumen für das Therapiezentrum von der Schule eine Gesamtübersicht über den zu erwartenden Raumbedarf gefordert habe. Dieser wurde bisher nicht transparent erstellt. Im Juli 2001 zeigte die Schule zwar auf, dass wir in den nächsten Jahren mit einem Investitionsbedarf für die Erweiterung und Sanierung fast aller Schulhäuser rund CHF 20 Mio. zu rechnen haben. Die Schule konnte mit den bisher vorliegenden Unterlagen die FDP nicht überzeugen, dass ein durchdachtes und zukunftsorientiertes Konzept zur Deckung des Raumbedarfs vorhanden ist und wie das vorliegende Projekt Kronenwiese in dieses Gesamtkonzept eingebettet ist. Die FDP ist deshalb besorgt und befürchtet, dass die Schule in den nächsten Jahren tranchenweise mit Investitionsanträgen an den Gemeinderat gelangt, die aufgrund sachlicher und zeitlicher Aspekte kaum mehr hinterfragt werden können. Dem Rat wird dann nur der Not gehorchend die zähneknirschende Zustimmung übrig bleiben. Bei einem erwarteten Gesamtinvestitionsvolumen von über CHF 20 Mio. erwartet die FDP ein professionelleres Vorgehen bei der Schulraumplanung.

Die Vorlage wurde vom Gemeinderat mit 24 : 7 Stimmen gegen die Meinung der FDP angenommen.

Versicherungstechnische Bilanz der Pensionskasse per 31. Dezember 2002

Die Pensionskasse muss von Gesetzes wegen in regelmässigen Abständen eine versicherungstechnische Bilanz erstellen und damit ausweisen, dass die vorhandenen Mittel die Ansprüche der Rentner und Versicherten voll zu decken vermögen. Per 31.12.2001 ist die Situation mit einem Deckungsgrad von 111,3 % in Ordnung. Die damit vorhandene Entwicklungsreserve wird in erster Linie für die Erhöhung der Wertschwankungsreserven verwendet. Ausserdem wird die 2001 und 2002 an die Rentner ausbezahlte Teuerungszulage eingebaut. Die Fraktion FDP/EVP ist klar der Meinung, dass gerade in diesem schwierigen Umfeld die Reserven genügend dotiert werden müssen. Nicht zuletzt damit wird die Pensionskasse nachhaltig in die Lage versetzt, den Pensionierten die in langfristiger Betrachtungsweise zugesicherte Leistung zu erbringen und auch künftig wenn immer möglich den Rentnern eine Teuerungszulage auszurichten.

Die versicherungstechnische Bilanz wurde vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

FDP-Motion zur Schaffung eines Kompetenzzentrums Liegenschaften der Stadt Adliswil

Jürgen Meyer und 15 Mitunterzeichner (darunter die gesamte FDP/EVP-Fraktion und die Freien Wähler) reichten am 23. September 2002 folgende Motion ein:

„Der Stadtrat wird eingeladen, dem Gemeinderat Bericht und Antrag zu stellen betreffend die Änderung von Artikel 54 und Artikel 59, Absatz 3, Ziffer 6 der Adliswiler Gemeindeordnung zur Schaffung eines Kompetenzzentrums Liegenschaften, um so eine professionelle und umfassende Bearbeitung aller Planungs-, Bau-, und Unterhalts- Fragen für sämtliche Objekte der Öffentlichen Hand (Verwaltungsvermögen, Finanzvermögen, Schulliegenschaften) sicherzustellen.“

Schon im Herbst 2001 hat die FDP- Fraktion einen ähnlicher Vorstoss eingereicht, nachdem Schwierigkeiten in diesem Bereich sachlicher und personeller Hinsicht (ungenügend vorbereitete Bauanträge, Wechsel von Schlüsselpersonal) offenkundig geworden sind. Die damaligen Erklärungen von Seiten Stadtrat und Schulpräsidium erweckten den Eindruck, dass alle Beteiligten ernsthaft an der Schaffung eines gemeinsamen Kompetenzzentrums Liegenschaften arbeiten. Im Vertrauen darauf zog die FDP die Motion im Rat zurück.

Im Februar 2002 wurde eine externe Beratungsfirma beauftragt die aktuelle Situation in diesem Verwaltungsbereich zu durchleuchten und Vorschläge für eine effiziente und qualitätsorientierte Neuorganisation auszuarbeiten. Die Ergebnisse mit folgenden Kernaussagen liegen seit den Sommerferien vor:

1. Ein gemeinsames Kompetenzzentrum kann Synergien nutzen und schaffen.
2. Ein rationeller Einsatz der benötigten qualifizierten Personalressourcen ist bei einer Zusammenfassung der Aufgaben für alle Objekte besser möglich.
3. Die Exekutiven Stadtrat und Schulpflege werden von operativen Führungsaufgaben wirksam und zweckmässig entlastet.

Zum ausdrücklichen Bedauern der Motionäre hat die Schule beim Abschluss der Entscheidungsfindungsphase klagemacht, dass sie kein Interesse an einem Kompetenzzentrum besitzt, sondern darauf besteht, eine Parallelorganisation unter eigener Kontrolle aufzubauen. Die Motionäre sind aber überzeugt, dass bei einer sachlichen Analyse der organisatorischen und fachlichen Aufgaben die notwendige Kompetenz zu tragbaren Kosten nur mit einer gemeinsamen Liegenschaftenverwaltung geschaffen werden kann

Im Hochbau herrscht heute in der Planung ein richtiger Bearbeitungsstau (Gestaltung Zentrum Albisstrasse, Gemeindesaal, Zentrum Ost, Nutzungs- und Gestaltungskonzept Areal Kronenwiese, Verlegung Feuerwehr, Nutzungsanpassungen fast aller Schulliegenschaften, neues Stadtquartier Lebern-Grüt-Moos etc. Mit dem Beizug externer Berater kann das Gesamtinteresse der Stadt und der Schule auf Dauer nicht hinreichend gewahrt werden. Die neuen verantwortungsvollen Aufgaben müssen dringend von geeigneten Fachleuten aus der Stadtverwaltung federführend bearbeitet werden können. Die verschiedenen sind auf kompetente Ansprechpartner in der Verwaltung angewiesen.

Nachdem sich der Finanzvorstand A. Jud namens des Stadtrates bereit erklärte, die Motion entgegen zu nehmen und die Schulpräsidentin R.Rappold ihren Wunsch nach einem Alleingang darlegte, beschloss der Rat mit 16 Stimmen (absolutes Mehr der Anwesenden) die Überweisung der Motion.

Für die Fraktionsgemeinschaft EVP/FDP
Harald Huber